

Was Eltern wollen

Oberschule oder IGS: Achimer Politik nimmt sich vor, Entscheidung gemeinsam zu tragen / Fragebogen im Herbst

VON TINA HAYESSEN

Achim. Auf Landesebene sind die Fronten klar: Die Integrierte Gesamtschule (IGS) ist ein Liebling der Sozialdemokraten und der Grünen, die Oberschule ein Kind von FDP und CDU. Das verhält sich zwar auch in Achim nicht wirklich anders, doch hier müsse man vor allem an die Stadt, den Standort und natürlich die Familien denken, betonten Politiker aller Couleur im jüngsten Schulausschuss. Die Frage, was aus der Realschule und der Liesel-Anspacher-Schule (vorher Hauptschule Achim) denn wird, wenn sie erst einmal zusammengelegt sind, sei zu wichtig, um damit Wahlkampf zu betreiben. Da war man sich einig.

Selbst darüber entscheiden, was für die Stadt nun am besten ist, wollen entsprechend auch nicht die Politiker allein – sie fragen die Eltern. Im Herbst, so der Plan, gehen die Fragebogen an Mütter und Väter von Grundschulkindern raus. Dabei ist es schon die zweite Elternbefragung innerhalb von weniger als zwei Jahren. „Jeder von uns ist auf seine Weise noch von der letzten Befragung traumatisiert“, erinnerte Petra Gölz (CDU) im Ausschuss an die vorherige Elternbefragung 2013. Es ging da-

bei um eine IGS – und ob die Nachfrage in Achim groß genug ist, um eine zu rechtfertigen. War sie nicht, doch Unruhe verbreitete das Thema zur Genüge. Dem Streit über die Fragebogen folgte ein Streit über die Interpretation der Ergebnisse. Gölz kritisierte auch: „Viele Eltern von jetzt Fünfjährigen wissen einfach nicht, wohin sie ihr Kind später schicken wollen.“

Doch die Grundschulleitern seien eben diejenigen, die bei einer solchen Entscheidung gefragt werden müssen, hieß es von Seiten der Verwaltung. Es würden auch nur die Achimer Eltern gefragt, nicht die aus Thedinghausen oder Langwedel – das liege schlicht daran, dass im Landkreis Verden die Kommunen, nicht der Kreis, für die Sekundarschulen zuständig seien.

Für die IGS ist der Weg ein besonders schwerer, denn hier reicht es nicht, dass einfach die Mehrheit der antwortenden Eltern die Schulform bevorzugt. „Für eine IGS müssen wir eine Nachfrage von 96 Schülern nachweisen“, hielt Fachbereichsleiterin Wiltrud Ysker vor den Politikern fest. Sonst gebe es aus Hannover kein grünes Licht. Für die Oberschule gebe es keine derartige Vorgabe. „Wenn sich daran nichts ändert, gehe ich so weit, dass wir die Befra-

gung gar nicht brauchen“, zeigte sich Silke Thomas (Grüne) skeptisch. Zuversichtlicher hörte sich Petra Geisler (SPD) an: „Vor zwei Jahren war die Situation eine völlig andere“, versicherte sie. Denn zu dieser Zeit habe es neben einer möglichen IGS noch die starke Realschule gegeben, eine Option, die nun wegfällt. Sie hoffe, dass die Befragung zu einem eindeutigen Ergebnis führt und dass die Politiker gemeinsam – „möglichst ohne Ideologie“ – dieses auch respektiert. Eine Vorstellung davon, wie der Zeitplan in Sachen neuer Schule nun aussehen kann, hat die Verwaltung be-

reits. Die Vorbereitung könne im August über die Bühne gehen, im September werden Eltern und die Öffentlichkeit informiert. Die Umfrage wird nach jetzigen Plänen im Oktober starten – nach Auswertung und politischer Entscheidung plant man bis April für die Genehmigungsphase in Hannover. Gut ein Jahr würde dann noch bleiben, um die neue Schulform zu gestalten.

Denn im Sommer 2017 soll es sie geben, die Oberschule oder IGS – je nachdem, was die Eltern wollen. Der Rat der Stadt entscheidet über die Elternbefragung morgen ab 19 Uhr im Rathaus.

ANZEIGE



Wir rät
unsere gesamten